**Zeitschrift:** Neue Schweizer Rundschau
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft
**Band:** 11 (1943-1944)
**Heft:** 5

**Artikel:** Kleinstaatliches Schicksal zwischen Russland und Deutschland
**Autor:** [s.n.]
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-759459

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Kleinstaatliches Schicksal zwischen Russland und Deutschland

Von * * *

*Die Betrachtungen, die wir hier à titre de document veröffentlichen, stammen von besonders informierter Seite. Sie sind nicht nur von Interesse im Hinblick auf die Moskauer Konferenz der Alliierten, ihr Wert liegt auch in der grundsätzlichen Verteidigung des Lebensrechtes der kleinen Staaten.*

### Das Baltikum vor dem zweiten Weltkrieg

Von den europäischen Staaten, die sich nach dem ersten Weltkriege gebildet haben, besteht zur Zeit weiter nur ein einziger als freier Staat, nämlich Finnland. Der Landstreifen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der die vier Staaten Polen, Litauen, Lettland und Estland umfasst, befindet sich in deutschen Händen. Während das künftige Schicksal der besetzten Staaten in Westeuropa in erster Linie vom Ausgang des Krieges zwischen den Angelsachsen und den Deutschen abhängt, spielt im osteuropäischen Raume noch eine andere Macht eine wichtige Rolle, und zwar Sowjetrussland. Waren doch alle drei baltischen Staaten ein ganzes Jahr — vom Sommer 1940 bis zum Sommer 1941 — von der Sowjetunion besetzt! Bekanntlich erheben die angelsächsischen Staaten keine territorialen Ansprüche. Dagegen haben die beiden Gegner auf dem osteuropäischen Kriegsschauplatz unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie im Falle ihres Sieges keineswegs gewillt seien, diese Zone zu räumen oder gar den dort lebenden Völkern zur Rückgewinnung ihrer staatlichen Unabhängigkeit zu verhelfen. Es bestehen allerdings gewisse Nuancen in den beiderseitigen Auffassungen in bezug auf die extremen Flanken dieser Zone, d. h. Finnland und Polen. Wir lassen jedoch in den nachfolgenden Ausführungen diese Staaten ausser Betracht und gehen speziell auf die Lage Litauens ein. Die Stellung aller drei kleinen baltischen Staa-

ten ist aber im Grossen und Ganzen identisch, sodass man gewisse allgemeine Folgerungen wird ziehen können.

Als Litauen noch mitten im ersten Weltkriege seine Unabhängigkeit ausrief, wählte man absichtlich die Formel: „Wiederherstellung des litauischen Staates". Damit wollte man betonen, dass Litauen kein Neugebilde sei sondern eine staatliche Tradition besitze. Litauen verlor nämlich seine Freiheit zusammen mit Polen in den letzten Jahrzehnten des XVIII. Jahrhunderts, als die drei Nachbarn — Russland, Preussen und Oesterreich — beide Staaten unter sich teilten. Der grösste Teil des ethnographischen litauischen Territoriums wurde damals Russland zugeschlagen.

Die russische Herrschaft in Litauen hat bis zum Weltkriege gedauert. Die Erinnerungen des litauischen Volkes aus dieser Periode sind die denkbar schlimmsten. Es ist im allgemeinen auch in Westeuropa bekannt, wie die zaristische Autokratie die nichtrussischen Völker behandelt hat. Ein zäher Kampf entspann sich zwischen der russischen Verwaltung und der litauischen Bevölkerung, die man gewaltsam russifizieren und zur orthodoxen Kirche bekehren wollte. Die Litauer — Katholiken und nicht slavischer Rasse — blieben jedoch ihren alten Ueberlieferungen treu und warteten nur auf die Stunde der Befreiung.

Der erste Weltkrieg brachte den Stein ins Rollen. Allerdings auch eine zweite Besetzung, diesmal die deutsche. Bereits im Jahre 1915 wurde ganz Litauen von den Deutschen besetzt. Die Absichten der wilhelminischen Regierung waren eindeutig klar: Litauen sollte annektiert und dem preussischen Staat einverleibt werden. Ludendorff hatte bereits Pläne ausgearbeitet, um deutsche Kriegsteilnehmer ins Land zu bringen und es zu germanisieren. Das Schlagwort vom „Drang nach dem Osten" sollte seine Erfüllung finden. Litauen wurde die Stellung einer Brücke zum baltischen Herzogtum zugedacht, das Lettland und Estland umfassen und sich auf die Deutschbalten stützen sollte. Es sei hier bemerkt, dass das litauische Volk niemals von den Deutschen unterworfen war. Zwei Jahrhunderte hat der Kampf der Litauer gegen den deutschen Ritterorden gedauert, bis dieser in der Schlacht bei Tannenberg im Jahre 1410 durch die vereinigten litauisch-polnischen Heere geschlagen worden war. Es genügt, die Werke der deutschen Historiker nachzuschlagen, um die Bedeutung jenes Ereignisses zu ermessen. Auch die Erinnerungen von General Ludendorff sind aufschlussreich. Darin sagt er, dass die Vernichtung der in Ostpreussen 1914 eingebrochenen russischen Heere auf seinen Vorschlag als Schlacht von Tannenberg getauft worden sei. Damit sollten die Auswirkungen der Niederlage

vom Jahre 1410 „ausgelöscht" werden! Es kommt auch nicht von ungefähr, dass man in „Mein Kampf", auf den wir noch zurückkommen werden, den Satz findet, wonach die Nationalsozialisten beabsichtigten, „dort anzusetzen, wo man vor sechs Jahrhunderten endete".

Wenn der wilhelminischen Führung mit Recht vorgeworfen wird, dass sie ausserstande war, nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu denken, so ist dennoch zu sagen, dass sie einiges unternommen hat, um den Wind aus den Segeln der damaligen Gegner zu nehmen. Je länger sich der Krieg hinzog, umso offensichtlicher wurde es, dass die Pläne der damaligen preussischen Militaristen nicht durchführbar waren. Der heftigste Widerstand kam zu jener Zeit aus der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrechte der Völker. Nach der, wenn auch nur illusorischen, Wiederaufrichtung des polnischen Staates durch die Zentralmächte sah man sich gezwungen, auch die Absichten in bezug auf Litauen einer Revision zu unterziehen. So kam es, dass nach wiederholten Vorstellungen den Litauern erlaubt wurde, einen Volksrat zu errichten. Die deutschen Besetzungsbehörden wollten freilich aus diesem ein willfähriges Instrument machen. Der Volksrat proklamierte aber am 16. Februar 1918 die staatliche Unabhängigkeit Litauens. Die deutsche Regierung liess nichts ungeschehen, um Litauen dennoch mittels verschiedener Abmachungen in Abhängigkeit zu bringen. Der Sieg der Allierten bereitete derartigem Vorhaben ein Ende. Das Selbstbestimmungsrecht wurde für viele Völker zur Tatsache. Deutschland musste die besetzten Gebiete preisgeben.

Die Gefahren für Litauen und auch für andere Staaten dieses Raumes waren damit noch nicht gebannt. Dem zurückflutenden deutschen Heere folgte die rote Armee auf den Fersen. Obwohl sich Sowjetrussland als Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufspielte, versuchte es dennoch, die Grenzen des zaristischen Russland wiederzuerobern. Welche Ziele man dabei verfolgte, verriet das offizielle Organ der Moskauer Regierung, die „Iswestija", die am 25. Dezember 1918 mit aller Offenheit schrieb: „Die Ostsee und die baltischen Provinzen — Litauen, Lettland und Estland — liegen quer über die Strasse zwischen Russland und Westeuropa und bilden somit eine Hemmung unserer Revolution, da sie Sowjetrussland vom revolutionären Deutschland trennen. Diese trennende Mauer soll umgestürzt werden, die Armeen Sowjetrusslands sollen Litauen, Lettland und Estland besetzen, die rote Arbeiterklasse Russlands soll sich die Möglichkeit einer direkten Beeinflussung der deutschen Revolution verschaffen, um so durch die Föderation der Sowjetstaaten Russland und

Deutschland eine sozialistische Föderativrepublik von Zentral- und Osteuropa zu ermöglichen". Und weiter: „Durch die Wiedereroberung der Ostsee würde Sowjetrussland auch die Möglichkeit erlangen, zugunsten der sozialistischen Revolution in den skandinavischen Ländern leichter agitieren zu können. Somit kommt der Ostsee die Aufgabe zu, das Meer der sozialistischen Revolution zu werden". Wie man sieht, war damals die Sprache der „Iswestija" ziemlich unverhüllt.

Die Kämpfe mit den Rotarmisten dauerten bis in das Jahr 1920. Die sowjetrussischen Anschläge wurden abgewiesen, wobei die damaligen Allierten offen auf der Seite der neugebildeten Staaten standen. Am 12. Juli 1920 schloss Litauen mit Sowjetrussland einen Friedensvertrag ab, dessen erster Artikel den Verzicht Russlands auf Litauen „für ewige Zeiten" enthielt. Aehnliche Verträge gelangten auch zwischen den anderen Staaten dieses Raumes und Sowjetrussland zum Abschluss.

Wenn Litauen in den darauffolgenden Jahren gewisse Spannungen mit seinen beiden Nachbarn — Deutschland und Polen — wegen Memel und Wilna nicht erspart blieben, so trübten seine Beziehungen zur Sowjetunion keine nennenswerten Differenzen. Es wurde geradezu zu einer Gepflogenheit, diese als „traditionell freundschaftlich" zu bezeichnen. Ein Nichtangriffspakt und ein Vertrag zur friedlichen Beilegung der Streitfälle vom 28. September 1926 gaben den beiderseitigen Beziehungen eine feste Grundlage. Wenn im Verlaufe der Friedensverhandlungen in Paris das Wort vom „cordon sanitaire" rings um Sowjetrussland gefallen ist, das heute von interessierter Seite missbraucht wird, so hat Litauen (und auch kein anderer baltischer Staat) diese Rolle je auf sich genommen. Die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit Litauens war ein natürlicher Vorgang, und Litauen wollte niemals eine Barriere sein, sondern lediglich als Brücke zwischen den Völkern dienen.

### Litauen zu Beginn des gegenwärtigen Krieges

Die Lage änderte sich über Nacht, als Deutschland am 23. August 1939 einen Freundschaftspakt mit Sowjetrussland unterzeichnete. Wenige Tage nach diesem Ereignis folgte der deutsch-polnische Krieg, in den sich auch Sowjetrussland am 17. September einschaltete und die polnischen Ostprovinzen besetzte. Obwohl Litauen eine strikte Neutralität proklamierte, wobei es nicht an Versuchungen gefehlt hatte, es zum Krieg gegen Polen zu bewegen, zwang Sowjetrussland sowohl Litauen als auch andere baltische Staaten, einen gegenseitigen Beistandspakt zu unterzeichnen. Der Pakt mit Litauen, unterschrieben in Moskau am 10. Oktober 1939, räumte der Sow-

jetunion das Recht ein, numerisch und lokal engbegrenzte Garnisonen in Litauen zu unterhalten. Die vertragschliessenden Parteien verpflichteten sich ferner, ihre Grenzen gemeinsam gegen den Angriff eines europäischen Staates zu verteidigen. Von grundlegender Bedeutung sollte für Litauen Art. 7 des Vertrages sein, der lautet: „Die Durchführung dieses Vertrages darf in keiner Weise die souveränen Rechte, insbesondere die staatliche Organisation, Wirtschafts- und Sozialsysteme, militärische Massnahmen und überhaupt den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der vertragschliessenden Parteien berühren".

Es ist eine erwiesene Tatsache, dass durch den Abschluss des Freundschaftspaktes sowohl Deutschland als auch Russland auf einen Zeitgewinn hinzielten. Da zu jener Zeit die Lage noch unabgeklärt war, begnügte sich Sowjetrussland vorerst mit der Einführung des „trojanischen Pferdes". Man rechnete damit, dass die Gegenwart der Garnisonen einer kommunistischen Revolution „von innen" Auftrieb verleihen würde. Dies erwies sich als eine Fehlrechnung. Daher ging die russische Regierung von sich aus einen Schritt weiter und liess im Juni 1940, als sich in Westeuropa die verhängnisvollen Ereignisse überstürzten, die baltischen Staaten militärisch vollständig besetzen, nachdem sie bereits im vorausgegangenen Winter einen Teil des finnischen Territoriums an sich gerissen hatte. Nach einer Woche wurde die Besetzung Bessarabiens und der Nordbukowina vollzogen.

Unleugbar hat es Sowjetrussland verstanden, das in Europa ausgelöste Chaos auszunützen. Aussenkomissar W. M. Molotow, der zu jener Zeit auch das Amt des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare innehatte, hat im Juli 1940 dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der litauischen Uebergangsregierung, Prof. V. Kreve-Mickevicius, ganz unumwunden zugegeben, dass die russische Regierung mit der Besetzung der baltischen Staaten eine einzigartige Gelegenheit, die sich ein anderes Mal kaum bieten würde, wahrnehme. Nach seinen Worten sei Russland bereits seit der Zeit des Zaren Jvan des Schrecklichen immer bestrebt gewesen, in den Besitz der Ostsee zu gelangen. Im Verlaufe seiner Ausführungen, die die Besetzung des Baltikums begründen sollten, fügte Molotow noch hinzu: „In Zukunft werden die kleinen Staaten sowieso verschwinden, deshalb ist es für Litauen und die anderen baltischen Staaten vorteilhafter, sich der ehrenvollen Familie der Sowjetrepubliken anzugliedern, als ein Opfer der Polen oder der Deutschen zu werden. Die litauische Regierung soll sich auf solche Möglichkeiten vorbereiten und ihren Staat langsam auf die neue Ordnung umstellen, die nun in allen diesen

Ländern eingeführt werden wird". Als ein anderes Beispiel, das die vorherrschenden Gedankengänge sowjetischer Führung zum Vorschein bringt, sei ein Artikel erwähnt, den der Chef der russischen Flotte in der Ostsee, Vizeadmiral Tribuc, in der „Iswestija" Ende August 1940 veröffentlichte. Darin las man: „Dank der klugen Politik Stalins, des Führers der Völker, sind wir aus dem engen Rahmen der Finnischen Bucht in den weiten Raum vorgestossen... Der Durchbruch zur Ostsee war seinerzeit die treibende Kraft der Politik Peters des Grossen". Die Kette solcher Aussprüche könnte man unendlich verlängern.

Es bleibt aber unbestreitbar, dass sich Sowjetrussland über seine eigenen Vertragsverpflichtungen schlechthin hinweggesetzt hat. Nach dem erst vor acht Monaten erzwungenen Vertrage versprach Russland, die Grenzen Litauens vor einem Angriff zu verteidigen. Dasselbe Russland hat als erstes Litauen überfallen. Schon der deutsch-russische Vertrag trug nach der damaligen Lage der Dinge den Keim des Krieges in sich, was keiner der vertragschliessenden Parteien entging. Russland erzielte seine Territorialgewinne, indem es die Unabhängigkeit einer Reihe von Staaten bedenkenlos vernichtet hatte. Mögen die Gewinne für Russland strategisch, verkehrs- und machtpolitisch oder auch in anderer Beziehung noch so wertvoll gewesen sein. Es bestehen aber bei allen gutgesinnten Menschen kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, dass der gegenwärtige Krieg überhaupt zum Ausbruch kommen konnte, weil auch andere Staaten sich von gleichen Erwägungen leiten liessen.

### Die Besetzung durch die Sowjets

Die „formelle" Einverleibung Litauens in die Sowjetunion wurde nach einem im voraus ausgearbeiteten Schema vollzogen. Aus den Wahlen ging ein Volksparlament hervor, das um die Aufnahme in die Sowjetunion nachgesucht haben soll. Es wurde dabei eine einzige, nur wenig getarnte, kommunistische Liste aufgestellt mit soviel Kandidatennamen wie Sitze vorgesehen waren. In den Wahlkommissionen gab es nur Kommunisten, somit keine Kontrolle. Man kann mit aller Entschiedenheit behaupten, dass ohne die erdrückende russische Besetzung eine Umwandlung des litauischen Staates in eine Sowjetrepublik nie zustandegebracht worden wäre! Konnte doch nach einer beinahe einjährigen Besetzung der Generalsekretär der litauischen kommunistischen Partei melden, dass diese ganze 2000 Mitglieder zähle, also nicht einmal ein Kommunist auf tausend Einwohner! Uebrigens waren sich auch die Kommunisten in Litauen ihrer Schwäche bewusst. Das offizielle Organ der derzeitigen sowjetischen Regierung, „Darbo Lietuva",

schrieb nach dem Anschluss am 4. August 1940: „Wir müssen nun zeigen, dass wir wert sind, diese grosse Unterstützung empfangen zu haben, die uns Stalin und die Rote Armee zukommen liessen". Oder gar die Erklärung vom 10. Juli 1940 eines Mitgliedes der litauischen Regierung, P. Glovackas: „Die Freiheit Litauens verdanken wir der Sowjetarmee".

Das Jahr der sowjetischen Besetzung war unsagbar schwer. Der Bevollmächtigte der Moskauer Regierung in Sowjetlitauen, N. G. Posdnjakow, hat sich einem litauischen Bischof gegenüber gelegentlich geäussert: „Der Riese (Russland) mit einer 20-jährigen Praxis stürzt sich auf den litauischen Zwerg. Diesmal hat Russland das Land fest in seiner Hand, und weder der Führer noch der Papst noch Roosevelt werden es ihm jemals entreissen können". Derselbe Posdnjakow, der übrigens der letzte diplomatische Vertreter der Sowjetunion im freien Litauen war, nach der Besetzung des Landes aber als die treibende Kraft zur Bolschewisierung des Landes auftrat, gab eine Frist von 2—3 Jahren, um in Litauen dieselben Zustände einzuführen, wie sie in der Sowjetunion herrschten. Auch in Litauen wurde alles enteignet (Grund und Boden, Häuser, Industrie, Handel, alle Transportmittel, ärztliche Kabinette usw.). Sogar der Coiffeur, wie auch alle anderen Handwerker, konnten ihr Geschäft nicht mehr selbständig betreiben; sie mussten in eine Art Genossenschaft („Artelj") eintreten. Alle Wertpapiere und alle Wertsachen wurden konfisziert. Da Uhren in der Sowjetunion eine Seltenheit sind, wurden in den Geschäften vorgefundenen Vorräte beschlagnahmt. Die Ersparnisse auf den Banken wurden ebenfalls konfisziert, freilich die, die die Summe von 1000 Rubel überstiegen. In Sachwerte umgerechnet, entsprach dies der Kaufkraft von 5 Paar Schuhen.

Eine ganze Menschenklasse, die sogenannten Volksfeinde, sollte ausgerottet werden. Die von den Besetzungsbehörden zurückgelassenen Dokumente beweisen, dass unter diesem Begriffe sogar Angestellte des litauischen Roten Kreuzes, Esperantisten und Philatelisten fielen, weil sie angeblich von der ausländischen Spionage angeworben werden könnten, wegen ihrer Beziehungen zum Auslande. Tatsächlich wurden in Litauen im Verlaufe eines Jahres rund 20 000 Menschen in die Gefängnisse geworfen.

All das aber stellen die Massendeportationen in den Schatten, die Mitte Juni 1941 durchgeführt wurden. In der einzigen Nacht zum 14. Juni wurden über 40 000 Menschen (ganze Familien mit Frauen und Kindern) unter den unwürdigsten Verhältnissen nach Sibirien deportiert.

Wir beabsichtigen an dieser Stelle keineswegs, ein Urteil darüber zu fällen, wie die gegenwärtige Kirchenpolitik der

Moskauer Regierung zu werten ist. Jedenfalls zur Zeit der sowjetischen Besetzung in Litauen schrieb eine litauische Zeitung, „Vilniaus Balsas", am 5. Juli 1940, dass die Geistlichen einsehen sollten, „was für elende Kreaturen" sie seien und wie sie „vom Volke verachtet und gehasst" würden. Dementsprechend wurden sie auch behandelt. Die evangelischen Kirchen in Wilna und Kaunas wurden als Warenlager benutzt.

Die Reaktion auf die Besetzung der baltischen Staaten war in der Aussenwelt verschieden abgestimmt, je nach dem Lager, in dem sich der betreffende Staat befand. In den Achsenstaaten wurden die litauischen Gesandtschaften kurzerhand gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Dem litauischen Staatspräsidenten, Prof. A. Smetona, dem es als einzigen Staatschef der drei besetzten Länder gelang, nach Deutschland zu entkommen, wurde als Aufenthaltsort eine entlegene Ortschaft im Masurenland angewiesen. Es glückte ihm, noch vor dem Ausbruch des Krieges mit Amerika über den Ozean zu kommen. Dagegen haben die angelsächsischen Staaten die Annexion Litauens niemals anerkannt. Der damalige stellvertretende Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika, Sumner Welles, gab gleich nach der russischen Besetzung eine Erklärung im Namen seiner Regierung ab, worin es hiess, dass die „mit Vorbedacht ausgeführte Vernichtung" der Unabhängigkeit der baltischen Staaten und die auf Gewalt beruhende Einmischung in die inneren Angelegenheiten mit den Prinzipien der modernen Zivilisation" im Widerspruch ständen. Der amerikanische Staatspräsident F. D. Roosevelt brachte anlässlich des Empfanges einer Abordnung der Amerika-Litauer zum Ausdrucke, dass die litauische Unabhängigkeit „nicht ausgelöscht, sondern lediglich suspendiert" sei. Die Gesandtschaften Litauens sowohl in den angelsächsischen als auch in den südamerikanischen Staaten und beim Vatikan konnten weiterhin ihrer Aufgabe im vollen Umfange nachkommen.

### Die deutsche Besetzung

Ein neues Kapitel im Leben des litauischen Volkes begann am 22. Juni 1941, als die deutsche Wehrmacht in den Krieg gegen Russland zog. Nach einem Jahre der sowjetischen Besetzung konnte es nicht wundernehmen, dass die Bevölkerung die erste Gelegenheit ergriff, um eine derartige Fremdherrschaft so schnell wie möglich abzuschütteln. Schon am zweiten Tage des Krieges loderte im ganzen Lande ein allgemeiner Volksaufstand auf. Die grösseren Städte Litauens wurden noch vor dem Einmarsch der deutschen Truppen von der Roten Armee befreit. Die Aufständischen vermochten ferner zu verhindern, dass in Litauen die Politik der „versengten Erde" zur Durch-

führung kommen konnte. Am 24. Juni rief die provisorische litauische Regierung die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit aus. Es schien in diesem Momente, als ob die 4000 Litauer, die im Kampfe gegen die Rotarmisten fielen, ihr Leben nicht umsonst gelassen hätten.

Die nationale litauische Regierung, an der Vertreter aller Parteien beteiligt waren, vermochte jedoch nur einige Wochen in ihrem Amte zu verbleiben. Sie hat die bolschewistische Gesetzgebung, auch in bezug auf die umfassenden Enteignungen des Privatbesitzes, für ungültig erklärt. In ihrem ersten Aufrufe an die Bevölkerung äusserte sie sich: „Die provisorische Regierung ist sich dessen bewusst, dass das litauische Volk ihre Bestrebungen voll würdigt. Diese sind den innigsten Wünschen von drei Millionen Herzen entnommen, und sie lauten: wir wollen unabhängig sein, wir sind bereit, alles zum Wohle Litauens zu opfern!"

Bald stellte es sich aber heraus, dass jede freiere politische Regung der nichtrussischen Völker, die auf diese oder jene Weise in die Sowjetunion geraten waren, den Plänen der deutschen politischen Führung zuwiderlief. In einer Zeit, wo laut den abgegebenen Erklärungen die russischen Armeen sich bereits „in Auflösung" befanden und die „letzten Reserven" einsetzten, schien es allzu verlockend, an die Verwirklichung der Programmpunkte der nationalsozialistischen Partei nicht zu denken. In einer Ansprache an die „alte Garde" verkündete am 9. November Adolf Hitler: „Unser grosses Ziel im Osten ist im Grunde genommen nur die letzte Auswertung unseres Programms, nach dem wir einst angetreten sind..." Dieses Programm war den sog. Ostvölkern nur allzu gut bekannt. In „Mein Kampf" findet man namentlich den richtungsweisenden Grundsatz ausgesprochen: „Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewusst einen Strich unter die aussenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schliessen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken".

Mögen derartige Zukunftsvisionen manche Kreise in Deutschland in helle Begeisterung bringen, bei den betreffenden Völkern erwecken solche Absichten keine Sympathien für ihre Verkünder. Wenn dennoch nicht geleugnet werden kann, dass der deutsch-russische Krieg in gewissen Kreisen unter den „Ostvölkern" manche Hoffnung wach gerufen hat, so war ihnen

kein langes Leben beschieden. Das Los, das das litauische Volk nach dem Aufstande erfahren hatte, wirkte keineswegs ermutigend auf andere „Ostvölker". Die daraufhin abgegebenen Erklärungen seitens der Reichsminister Funk, Backe und Rosenberg, um nur die Hauptexponenten zu nennen, wonach das Dritte Reich ein „Kolonialland" erworben habe, und auch Auslassungen über den deutschen Pflug, der dem deutschen Schwerte folgen werde, u. a. m., haben die Wirkung einer kalten Dusche gehabt. Die öffentlich bekanntgegebenen Pläne über die Verpflanzung von 3 Millionen Holländern, in die besetzten Ostgebiete, die Gründung einer kolonialen „Ostkompanie", an der Leute um Mussert beteiligt sind, und vieles andere, worüber nachstehend noch ausführlicher berichtet wird, liessen eindeutig erkennen, dass die Pläne vom „Kolonialland" in Europa zwar zum „Mythos des XX. Jahrhunderts gehören", aber dennoch bitter ernst zu nehmen sind.

In der ersten Julihälfte wurde die litauische Regierung beseitigt. Am 17. Juli unterzeichnete Hitler eine Verordnung, derzufolge sowohl aus den drei baltischen Staaten — Litauen, Lettland und Estland — als auch aus Weissruthenien ein Neugebilde, das „Ostland", geschaffen war. Dieses gilt als ein „Reichskommissariat" mit einem Reichskommissar an der Spitze. Sogar der Begriff „Staat" sollte ausgemerzt werden. Die einzelnen Staaten gelten bloss als „Generalbezirke", wobei man anscheinend ein besonderes Vergnügen daran findet, sie auch in den offiziellen Verordnungen als „ehemalige Freistaaten" zu bezeichnen. Während der sowjetischen Besetzung verfuhr man geschickter: Litauen blieb dem Namen nach als eine Republik weiterbestehen! Die „Generalbezirke" werden durch „Generalkommissare" verwaltet. Ihnen stehen je 5—6 „Gebietskommissare" zur Seite. Man beging dabei auch den psychologischen Fehler, die höchsten deutschen Beamten als Kommissare zu benennen. Diese waren ja zur sowjetischen Zeit sattsam bekannt. Nebenbei bemerkt, waren zu jener Zeit, als man das „Ostland" schuf, die darin eingeschlossenen Territorien noch gar nicht erobert. Und dennoch hat man Eile gehabt, im voraus zu verkünden, dass man sie als „ehemalige Freistaaten" behandeln werde.

Zum Reichskommissar im „Ostland" wurde Heinrich Lohse, Gauleiter von Schleswig-Holstein, und eine der führenden Persönlichkeiten der „Nordischen Gesellschaft", deren Tätigkeit die skandinavischen Völker gut kennen, ernannt. Als Lohse, vom Führerhauptquartier kommend, sein Amt antrat, versammelte er seine Mitarbeiter, denen er, nach seinen eigenen Worten, „den geschichtlichen Auftrag, den der Führer uns allen gestellt hat", darlegte. Sie seien dabei von diesem „geschichtlichen

Auftrag" so begeistert gewesen, dass sie sich „wie einst die Ordensritter" fühlten.

Man muss die Geschichte des baltischen Raumes kennen, um zu begreifen, welche Gefühle bei der Erwähnung der Ordensritter unter den betreffenden Völkern aufkamen! Im Bewusstsein der baltischen Völker gilt nämlich der Ordensritter als der geschichtliche Erbfeind. Und auch in Russland hat der Begriff „Ordensritter" einen sehr schlechten Klang. Es ist kein Zufall, dass die Moskauer Propaganda den mittelalterlichen Nowgoroder Fürst Alexander, Newski genannt, sogar in Filmen auferstehen liess und diesen Heiligen des orthodoxen zaristischen Russland zum modernen Nationalheros stempelte. Er hat im Jahre 1242 den deutschen Ritterorden zerschlagen.

Nach seiner Amtsübernahme erliess der Reichskommissar einen Aufruf an die „Einheimischen". In diesem wurde der Bevölkerung „Arbeit, Brot und fortschreitende Entwicklung" zugesichert. Sonst aber erging man sich in Spott gegen die Zeit der staatlichen Unabhängigkeit der baltischen Völker und nannte ihre Staatsmänner verächtlich „jene, die Euch in den letzten zwanzig Jahren so viel Freiheit versprochen hatten..." Der Aufruf stellte noch in Aussicht, dass die deutsche Zivilverwaltung „nötigenfalls Vertrauensmänner aus Eurem Volk bestellen wird, durch die Eure Wünsche dem Reichskommissar, dem Generalkommissar und den Gebietskommissaren übergeben werden können".

Eine derartige Lösung der litauischen und damit der ganzen osteuropäischen Frage (bekanntlich wurde auch ein „Reichskommissariat" Ukraine gebildet) versetzte auch denjenigen Kreisen in Litauen einen schweren Schlag, die angesichts der damaligen Lage einigermassen bereit waren, nach finnischem Beispiel in eine Kampfgemeinschaft zu treten. Der Aufruf Lohses entzog solchen Kreisen den Boden unter den Füssen. Brot, Arbeit und fortschreitende Entwicklung hat ja Litauen gerade damals gehabt, als noch keine fremde Besetzung im Lande war. Was ihm jetzt fehlte, war einzig und allein die Freiheit. Uebrigens hat die nachfolgende Entwicklung gezeigt, dass auch jene geringfügigen Zusicherungen nicht gehalten wurden, mit Ausnahme der harten Arbeit...

Am 18. November 1941 wurde Alfred Rosenberg, ein Baltendeutscher aus Estland, zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt. In mehreren Auslassungen hat er seine Ansichten über die baltischen Länder zum Ausdruck gebracht. Seiner Meinung nach gelte für sie der Grundsatz: „Entweder-Oder", d. h. entweder sollten diese Völker die „Neuordnung" hinnehmen oder sie würden dem Bolschewismus anheimfallen. Zur Zeit ihrer Eigenstaatlichkeit hätten sie gewagt, „eigene

Politik" zu treiben, diese habe sich aber als eine „Fehlkonstruktion" erwiesen. Der deutsche Generalkommissar in Weissruthenien, Gauleiter Kube, machte den baltischen Staaten unverblümt zum Vorwurf, dass sie den „Anschluss" an das nationalsozialistische Deutschland nicht gefunden hätten. Das litauische Volk hatte aber schon längst seine Wahl getroffen, diese passt aber nicht in die Formel, die Rosenberg als „entweder-oder" vorlegt. Das litauische Volk will keinen Selbstmord begehen, darum hofft es mit anderen kleinen Völkern auf den Eintritt der dritten Möglichkeit, die „Weder-Noch" lautet. Die Staaten, die seinerzeit einen derartigen „Anschluss" freiwillig oder gezwungenermassen vollzogen haben, befinden sich augenblicklich auch nicht in einer besonders beneidenswerten Situation!

Es wird auch von allgemeinerem Interesse sein, noch einige Aeusserungen anzuführen, die die Grundlage der deutschen Politik im Osten Europas beleuchten. Der bereits erwähnte Reichskommissar Lohse erklärte laut „Deutscher Zeitung im Ostland" vom 21. August 1942: „Wenn wir nun ein neues Reich bauen — und der Führer hat uns hier auf Vorposten in den Osten geschickt — so kann unsere Arbeit nur erfolgreich sein, wenn wir die Lehre des Nationalsozialismus beherzigen und danach handeln". Von welchen Voraussetzungen man dabei ausging, besagten die Ausführungen eines anderen hohen Beamten der deutschen Besetzungsbehörden, des stellvertretenden Generalkommissars in Litauen, Nabersberg. Anlässlich des Geburtstages Hitlers sagte jener im April 1942: „Wir erleben die Erfüllung des prophetischen Führerwortes, dass das Riesenreich im Osten reif zum Zusammenbruch ist. Wir sind die unmittelbaren Zeugen des Zusammenbruchs. Wir sind aber auch die ersten Pioniere (in Litauen). Wir lösen ein Weltreich ab. Wir werden die Träger einer neuen Weltmacht sein". Es ist klar, dass angesichts solcher prophetischen Konzeptionen den armen „Einheimischen" kein Platz unter der Sonne mehr beschieden blieb.

Die deutsche Zivilverwaltung, die nicht nur für die Kriegszeit, sondern für immer einen „Führungsanspruch" erhebt, hat die gesamte Verwaltung des Landes übernommen. Im Frühjahr 1942 wurde eine „landeseigene Verwaltung" eingeführt, die tatsächliche Lage hat sich seitdem keineswegs gebessert, eher verschlimmert. Nachdem die unternommenen Versuche, eine nationalsozialistisch gefärbte litauische Partei ins Leben zu rufen, sich als ein Fehlschlag erwiesen hat (auch sie verlangte übrigens die staatliche Unabhängigkeit Litauens), ist jede politische Betätigung strengstens untersagt. Sogar das litauische Rote Kreuz wurde geschlossen. Dagegen führte man

Kapitulationsgerichte ein. Die sogenannte „landeseigene Verwaltung" ist durch einige Personen, ohne jegliche politische Bindung, vertreten. Seit ihrer Einsetzung haben einige Generalräte (Ressortschefs) bereits ihren Rücktritt erklärt. Im Frühjahr 1943 wurde mehr als die Hälfte der Generalräte verhaftet und in Konzentrationslager nach Deutschland übergeführt. In letzter Zeit hat der deutsche Generalkommissar einige Reichsdeutsche als Chefs der litauischen „landeseigenen Verwaltung" ernannt. Nachdem die Pläne zur Bildung einer söldnerischen „Litauischen Legion" gescheitert sind, hat man als Repressalie alle litauischen Hochschulen geschlossen. Es kann festgestellt werden, dass in Litauen in jeder Beziehung zumindest die selben Zustände herrschen, wie in allen anderen besetzten Ländern.

Am aufschlussreichsten für die Beurteilung der Zukunftspläne der Besetzungsmacht sind wohl ihre Massnahmen auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Wir haben bereits die Visionen vom „neuen Grund und Boden" angeführt. Die vorgefundenen Zustände nach der sowjetischen Besetzung, als sämtlicher Grund und Boden, die gesamte Industrie und der Handel, enteignet und verstaatlicht worden war, passten ausgezeichnet in die nationalsozialistischen Pläne. Durch die Erklärung, dass das Reich Rechtsnachfolger der Sowjetunion, damit auch der sowjetischen Republik Litauen sei, also der Staatsform, die das litauische Volk als eine durch die fremde Macht aufgezwungene betrachtete, geriet das gesamte Vermögen Litauens in deutsche Hände. Der sowjetischen Gesetzgebung, die die provisorische litauische Regierung bereits abgeschafft hatte, wurde im wesentlichen erneut Rechtsgültigkeit verliehen. Die Bauern, d. h. die grosse Mehrheit des litauischen Volkes, wurden auf ihrem Lande belassen, aber lediglich als persönliche „Bewirtschafter" ohne Eigentumsrecht. Rein rechtlich genommen wurde ihre Lage noch schlimmer als zur Sowjetzeit, da sie damals, wenigstens theoretisch, immerhin als „ewige Nutzniesser" ihres enteigneten Bodens galten.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass auch die deutsche Führung einsieht, dass sich eine tiefe Kluft zwischen den Parolen eines „Kreuzzuges gegen den Bolschewismus" und der Praxis auftut. Daher wird von Zeit zu Zeit die Frage der Reprivatisierung, d. h. der Wiederherstellung des privaten Eigentums gestreift. Laut deutschen Erklärungen erfordere diese Aufgabe „langwierige Vorarbeiten". Die litauische Bevölkerung hält jedoch derartige Erklärungen für nicht stichhaltig. Im Gegensatz zu den altsowjetischen Gebieten sind in Litauen die Bauern auf ihrer Scholle geblieben, da die Kollektivierung der Landwirtschaft („Kolchosen"-System) infolge der verhältnismässig kur-

zen Dauer der sowjetischen Besetzung noch nicht begonnen hatte.

Im Herbst 1941 wurde eine Verordnung verkündet, die die Reprivatisierung von Handwerks- und Kleinindustrie-Unternehmungen als auch des Kleinhandels vorsieht. Die früheren Eigentümer haben jedoch keinen Rechtsanspruch auf ihr Vermögen. Die Rückgabe des Eigentums wird seitens der deutschen Kommissare als ein Gnadenakt ausgeübt. Seit dem Frühjahr 1943 ist man dazu übergegangen, auch die Rückgabe des bäuerlichen Eigentumsrechts in Aussicht zu stellen. Aus den einzelnen Gemeinden werden je 5—6 Bauern, die sich „bewährt" hatten, ausgesucht und ihnen mit entsprechendem Propagandaaufzug sog. Einweisungsurkunden ausgehändigt. Man hat litauischerseits bereits ausgerechnet, dass bei dem bisherigen Tempo der Reprivatisierung Jahrhunderte vergehen müssten, bis alle Eigentümer zu ihrem Recht kämen. Die Zahl der von den sowjetischen Enteignungen betroffenen Personen übersteigt allein in der Landwirtschaft 300 000.

### Hoffnungen für die Zukunft

Diese Schilderung der Lage in Litauen unter deutscher Besetzung wird wohl die Gefühle der litauischen Bevölkerung verständlich machen. Sie verschliesst indessen die Augen vor der Gefahr, die ihr aus dem Osten droht, keineswegs. Es ist ja mehr als bekannt, dass der Kreml seine Ansprüche auf die Wiedergewinnung des Baltikums nie aufgegeben hat. Irgendwo in Russland wird die litauische Kuusinen-Regierung bereitgehalten, die die ihr zugedachte Rolle der „Befreierin" des litauischen Volkes gerne ausüben möchte. Wenn hie und da auch im Auslande die Ansicht zum Ausdruck kommt, dass die Sowjetunion die nationale Frage durch ihren föderativen Aufbau „vorbildlich" gelöst habe, so kann das litauische Volk aus seiner bitteren Erfahrung nur den Schluss ziehen, dass derartige Behauptungen entweder auf einseitiger Parteinahme oder auf Unkenntnis beruhen. Ein Regime, das keine individuellen Rechte respektiert, achtet auch die Rechte eines Volkes nicht. Es ist im Auslande auch wenig bekannt, dass die sowjetische Führung konsequent die zahlreichen Völkerschaften der Sowjetunion so miteinander vermischt, dass der nationale Charakter der einzelnen Republiken allmählich ausgelöscht wird. Durch Deportation der autochthonen Bevölkerung und Ansiedelung Angehöriger fremder Völkerschaften wird der Typ eines neuen, „sowjetischen", Bürgers gezüchtet. Diese Praxis wurde auch in Litauen angewandt. Es braucht nicht besonders betont zu werden, dass eine derartige „vorbildliche" Lösung der na-

tionalen Frage eine tödliche Gefahr für die betreffenden Völker bildet.

Es ist klar, dass Litauen nur ein Glied in der Kette der Probleme bildet, die mit der Zukunft des Raumes, der zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegt, zusammenhängen. Die Völker, die diese Zone beherbergt, haben immer ihr eigenes Leben geführt, das sie im Laufe der Geschichte zu behaupten wussten. Der französische Gelehrte André Tibal, der im Pariser Carnegie-Institut 1928/29 eine Reihe von Vorträgen über das Verfassungsrecht der Staaten jener Zone hielt, schlug vor, diese Staaten als nicht zu Osteuropa gehörend zu betrachten. Er begründete seine Ansicht damit, dass „cette zone se distingue déjà par la faune et la flore mais aussi par l'histoire des nations qui l'habitent, par leur culture et leur religion, par leur développement social et économique, de l'Europe orientale". Dem ist immer so gewesen, und die Jahre der staatlichen Unabhängigkeit der Länder dieser Zone einerseits, die grundverschiedene Entwicklung, der die Sowjetunion unterworfen war, anderseits, haben die Unterschiede noch mehr vergrössert. Wenn die Sowjetregierung ihre Ansprüche auf die baltischen Staaten, darunter auch auf Litauen, dennoch aufrechterhält, so setzt sie sich in Widerspruch zu den Grundsätzen der Atlantik-Charta, die sie selbst unterzeichnet hat. Vor 10 Jahren hat der damalige Leiter der russischen Diplomatie, M. M. Litwinow, auf der Abrüstungskonferenz in Genf den Vorschlag zur Deffinierung des Begriffes eines Angreifers folgendermassen begründet: „Ne peuvent pas servir de justification de l'agression aucunes considérations d'ordre politique, stratégique ou économique... ou le désir de recevoir d'autres profits et privilèges, ni le renvoi aux intérêts spéciaux". Die Welt kann einen dauerhaften Frieden nur dann erhalten, wenn solche Prinzipien tatsächlich auch eingehalten werden.

Wir haben bereits die Atlantik-Charta erwähnt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sowohl das schwergeprüfte litauische Volk, das schon die zweite Besetzung erlebt, als auch andere kleine Völker ihre Hoffnungen auf den Sieg jener Prinzipien setzen. Präsident Roosevelt hat kürzlich in Ottawa erklärt: „Es ist kein Geheimnis, dass in Quebec viel über die Nachkriegswelt gesprochen wurde. Diese Diskussionen stehen zweifellos nicht einzeln da, sondern werden gleichzeitig in Dutzenden von Nationen, in Hunderten von Städten und unter Millionen von Menschen geführt". In Litauen werden diese Probleme ebenso leidenschaftlich diskutiert wie anderswo. Wenn man die Opfer zusammenrechnet, die das litauische Volk ertragen hat, so hat es einen beträchtlichen Blutzoll entrichtet in dem Kampf gegen das, was Churchill vor kurzem als

Tyrannei bezeichnete, „in welcher Form sie auch verkleidet ist, welche Sprache sie spricht, gleichviel ob sie innen- oder aussenpolitisch auftritt".

Dem litauischen Volk werden auf dem Wege zur Wiedererlangung der Freiheit sicher noch schwere Stunden bevorstehen, darum horcht es auf, wenn es Worte vernimmt wie etwa die von Roosevelt anlässlich des zweiten Jahrestages der Atlantik-Charta gesprochenen: „Es geht um die Respektierung des allen Völkern zustehenden Rechts, selber die Regierungsform zu wählen, unter welcher sie zu leben wünschen. Im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Atlantik-Charta gab es Leute, welche deren Durchführung als unmöglich bezeichneten, doch heute, da die Kräfte der Befreiung fortschreiten, wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker wieder einmal zur lebendigen Tatsache".

Man ist in Litauen keineswegs weltfremd und unterschätzt nicht die Gefahren, denen das Land ausgesetzt ist. Dennoch verliert man die Hoffnung nicht, dass letzten Endes auch das litauische Volk zu seinem Rechte kommen werde. Es ist sicherlich keine Uebertreibung, wenn wir die Ueberzeugung aussprechen, dass der künftige Frieden in Europa in hohem Masse auch davon abhängen wird, wie sich die Zukunft der kleinen Völker gestalten wird, in welcher Zone und in welcher Nachbarschaft sie sich immer befinden.